

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortl. Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 25614.

Nr. 9.

Freitag den 11. Januar 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Das Ergebnis der Luftkämpfe im Dezember 1917.

Able Begleiterscheinungen.

Das Kriegsernährungsamt ist sich seiner schweren Verantwortung wohl bewußt, und für mich und meine Mitarbeiter ist die Sorge für das öffentliche Wohl der alleinige Leitfaden aller Maßnahmen. Das versicherte Staatsminister v. Baldow in der Ansprache, mit der er einen neuen Vortag über Ernährungsfragen vor rund 700 Teilnehmern aus allen Berufsständen eröffnete. Auch er fand anscheinend bereits unter dem nicht gerade ermutigenden Eindruck, daß die Bevölkerung für die erhebliche und mühsame Arbeit des Kriegsernährungsamts kein rechtliches Verständnis zeige, daß sie die Mängel und die Schäden seiner Organisation mit unerbittlicher Strenge kritisiere, seine beträchtlichen Verdienste um die Aufrechterhaltung anderer Erzeugung und die möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte dagegen als eine Selbstverständlichkeit hinnehme, und daß sie ihrerseits wenig oder gar nichts dazu beitrage, um die Behörden in der Durchführung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben zu unterstützen. Herr v. Baldow wendet sich nicht mehr an das Publikum, wie noch sein Vorgänger, Erzelsens v. Fatacki, es getan, der von einer förmlichen Bewandlung der Verbrauches gegen die Maßnahmen des Kriegsernährungsamts sprach und damit die Schuld für ein etwaiges Miflingen unserer Verforgungsposition von obenherin nach Gebühr zu verteilen suchte. Er tut seine Pflicht, rechnet auf die Wirkungen der Belehrung und Aufklärung, die er im Laufe der Zeit leistet, und — ruft im übrigen die Hilfe der Staatsanwälte auf, die überall da mit aller Rücksichtslosigkeit zugreifen sollen, wo Verletzungen gegen die bestehenden Vorschriften festgestellt werden. Damit kommt er einer Forderung der öffentlichen Meinung nach; aber es fragt sich doch, ob auf diesem Wege viel Gutes zu erreichen ist.

Vor allen Dingen soll den Kommunalverbänden das Handwerk gelegt werden, die, wie die Reichsminister denkt, es so anmaßlich schilde, nur noch unter Überbreitung der Höchstpreise, unter Bemühung von Schleich- und Kettenhandel ihren Mäkten gegenüber der Bevölkerung gerecht zu werden vermöchten. Man war im Publikum einermachen überrückt, als ersichtlich wurde, daß zur Bekämpfung dieser Mißstände nichts anderes als der Staatsanwalt in Bewegung gesetzt werden sollte. Denn in Wirklichkeit lagen doch auch hier die Verhältnisse so, daß lediglich ein Teil den andern nie, daß die Bürgermeister und Gemeindevorsteher mit den Bösen heulen mußten, wenn sie nicht zusehen wollten, daß in der Nachbarschaft reichliche Lebensmittel gepöbeln wurden, oder daß ein Teil ihrer Einwohnerzahl besser gestellt war als der andere. Sie wandelten also aus reiner Furcht für die ihnen anvertrauten Bevölkerungsteile, deren körperliche Leistungsfähigkeit ebenso wie die seelische Spannkraft sorgfältig aufrechterhalten werden mußte. Aber — niemand wird mich imstande sein, den Behörden ein besseres Mittel zu empfehlen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir uns damit in einem schierhaften Kreise herumwachen: indem wir durch das ganze System unserer öffentlichen Versorgungswirtschaft Abstände erzeugen, die dann wieder durch gewalttätige Gegenwirkungen hinsichtlich unterdrückt werden sollen. Auch Herr v. Baldow beruft sich darauf, daß wir während des Krieges an diesem System nichts Wesentliches ändern können; also werden wir eben keine Schwächereiten nach die vor in den Kauf nehmen müssen.

Das Able, gegen das jetzt mit allen Nachmitteln des Staats angefaßt werden soll, ist im ganzen Lande weit verbreitet. Die großen Betriebsleitungen, namentlich in der Kriegsindustrie, haben wohl den Anfang damit gemacht, weil sie es für notwendig oder doch für erforderlich hielten, ihre Arbeiter über die finanziellen Notlagen hinaus mit Lebensmitteln zu versehen. Dann folgten aus naheliegenden Gründen, die Kommunalverbände, und schließlich auch große staatliche Betriebsverwaltungen nicht hinter diesem allgemeinen Beifall zurückbleiben, denn da das Hilfsdienstgesetz der Freiwilligkeit der Arbeitskräfte weniger Schranken gezogen hatte, als manche Kreise erwartet hatten, mußten auch sie auf eine möglichst verlockende Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen Bedacht nehmen. Nur aber soll gegen jede amtliche Stelle, die sich der Nichtachtung kriegswirtschaftlicher Gesetze schuldig macht, rückwärtslos, gegebenenfalls durch Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten sowie durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorgegangen werden. Man wird ja leben, was bei diesem Verfahren herauskommt wird. Nach mehr Denunziationen, nach mehr Ärger, nach mehr Verdruß und Schweißarbeit auf alle Fälle. Wer aber wird den also mit Strafe bedrohten Kommunalbeamten und Betriebsleitern die Sorge für die ausreichende Ernährung ihrer Schutzbedienten ab-

nehmen? Das ist die ungleich schwierigere, aber auch ungleich wichtigere Frage, an der ein Mann von der erprobten Staatsführung des Staatsministers v. Baldow gewiß nicht achtlos vorübergehen wird. Er weiß sicherlich so gut wie nur irgend jemand, daß auch sein neuer Erlass an die Regierungspräsidenten im besten Fall eine able Begleiterscheinung dieses Ausbürgerungskrieges ist.

Darüber hinaus erhebt sich nur das Maß seiner Verantwortung, je strenger der Erlass zur Durchführung kommt. Um die vermehrten Mäkten, die ihm aus dieser Entwicklung ausgehört werden, ist das Kriegsernährungsamt wahrlich nicht zu beneiden.

Der Krieg.

Die Japaner winken ab.

Nach englischen Blätternachrichten hat die abermals von Frankreich ausgehende Anregung einer Verwendung japanischer Truppen in der japanischen Presse durchweg ablehnende Aufnahme gefunden. „Manchester Guardian“ findet dies an sich begreiflich, ist aber über die von einigen japanischen Publizisten gemachten Gründe befremdet. So stelle Professor Shigeo von der Universität Kioto die Frage: Haben die Alliierten, insbesondere England und Amerika, ein Anrecht auf Hilfe von Japan? und antwortete: Nicht, bis sie neben anderem alle Kasernenverträge beilegen. Professor Takutsu schreibt: Der größte Autokrat der Welt ist heute nicht Kaiser Wilhelm, sondern Wood George oder vielleicht Wilson, und sage hinaus, Amerika sei der Hauptfeind der japanischen Interessen. — In dieser Weise führt das Blatt eine große Anzahl von japanischen Stimmen an, die das Blatt zu der Bemerkung veranlassen, daß sei keine erbauende Bestärkung für die Verbindeten Japans.

Vergeltung gegen Frankreich.

Laut Mitteilung des Generalquartiermeisters werden als Vergeltungsmaßregel gegen die völkerrechtswidrige Zurückhaltung der verschleppten Elch-Lothringer in Frankreich ab 6. Januar d. J. 800 angelegene Franzosen nach Rußland und in einigen Tagen 400 angelegene Franziskaner nach dem Lager Holzwinden abgeführt.

Innere Kämpfe in Estland.

Das Stocholmer estnische Bureau teilt folgenden mit: Nachdem die parlamentarische Verfassung Estlands durch Truppeneingriffe der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Vorstellungen bei den russischen Behörden nicht aufgehört und alle zivilen Maßnahmen der estnischen Behörden und der Bevölkerung sowie der offizielle Appell des estnischen Landtages an die verbündeten Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien erfolglos geblieben waren, sah sich die estnische Armeeleitung zur Entsendung einer Strafexpedition veranlaßt.

Daraufhin haben estnische Truppenteile, welche von Koval in Richtung gegen Narva vorgingen, plündernde russische Truppen getroffen, getötet und gefoltert. Die estnischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung Estlands von den russischen Truppen schreitet fort.

Der Kapitän der „Emden“ frei.

Aus englischer Gefangenschaft entlassen.

Wie aus Rotterdam gemeldet wird, wird der erste Transport der deutschen Austauschgefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland eintreffen.

Unter ihnen wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden“, Regatkapitän Karl v. Dönitz befinden.

Die Entlassung des Helden der „Emden“, dessen Namen mit den Ereignissen des Weltkrieges am engsten verknüpft ist, wird überall in Deutschland Begeisterung und Freude auslösen.

Lügen über Deutschlands Bedingungen.

Der Petersburger „Dien“, das Organ Arenski, verbreitet folgende phantastische deutsche Friedensbedingungen: Auslieferung der Schwerkriegsflotte an Deutschland, der Schwarzmeerflotte an die Türkei; Recht Deutschlands auf vollstetige Einfuhr für 15 Jahre; alle von England und Frankreich nach Rußland eingeführten Waren müssen über Deutschland gehen; keine Einmischung Rußlands in Angelegenheiten zwischen den Alliierten und den Mittelländern, auch nicht bei Regelung der bulgarischen und serbischen Fragen.

Der Plan der Entente.

Ein russischer Funkspion.

Ein Funkentelegramm aus Petersburg betrifft „An Alle“ bezieht u. a.: Wood George ähnelte sich in dem Sinne, daß Rußland erst seine Grenzen mit Deutschland und Österreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Alliierten hätten es für vorteilhafter, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland solle sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschließen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, um so leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen.

Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen, Rußland und Rumänien demütigt verraten und diese Länder als Pläne zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letten, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszuwachen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Völkern abzulehnen. Dies ist der Plan der Entente.

Englands Ultimatum?

Gewissermaßen als Erläuterung der Kriegsziele Wood Georges schreibt die „Times“: Für Deutschland und in noch höherem Grade für Österreich-Ungarn und die Türkei ist die Erklärung des Premierministers eine Warnung. Sie wird vom ganzen Reiche, von den anderen Alliierten und von den Vereinigten Staaten allgemein als das nicht weiter herabsetzbare Mindestmaß unserer Forderungen betrachtet. Die Bedingungen, die einigen der verbündeten Mittelmächte angeboten werden, sind außerordentlich günstig, werden aber ganz von der vollen ethischen und sofortigen Annahme der an sie geknüpften Forderungen abhängig gemacht. Wenn diese Forderungen nicht angenommen werden, verläßt das Angebot.

Wilson über Brest-Litowsk.

In einer Botschaft an den Kongreß beschäftigt sich Präsident Wilson mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Mit der ihm eigenen Wortfülle betont er, daß es eine wichtige Frage sei, ob die deutschen Unterhändler im Namen der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli sprechen oder nicht. Von der Verantwortung dieser Frage hänge der Weltfrieden ab. Im Anschluß daran formuliert er die Kriegsziele Amerikas folgendermaßen:

Es soll keine internationalen Geheimabkommen geben, daß die Diplomaten immer freimütig und öffentlich verfahren. Die zweite Bestimmung ist absolute Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden wie im Kriege, ausgenommen in den Fällen, wo Meere als Gänge oder zum Teil geschlossen werden könnten infolge einer internationalen Aktion zur Erzwingung des Respektes vor den internationalen Verpflichtungen. Die dritte Bestimmung ist, die Verletzung, soweit das möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Einrichtung gleicher Bedingungen auf dem Handelsgebiet für alle Nationen, welche den Frieden bewahren sollen und sich zu dessen Aufrechterhaltung gegenseitig verbünden wollen. Die vierte Bestimmung lautet: Es sollen Vorkämpfer dafür gegeben werden, daß die nationalen Rüstungen bis auf den niedrigsten Stand, der mit der Sicherheit im Innern des Landes vereinbar ist, herabgemindert werden.

Wilson entwirft hier wieder ein neues Kriegszieleprogramm und legt sich damit in Widerspruch mit einem großen Teil der Presse seines Landes, die nach englischen Berichten, noch immer als Vorbedingung für den Frieden die Beseitigung der heutigen Regierung in Deutschland fordert. Die von Wilson jetzt verkündete Freiheit der Meere wird übrigens in England mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden.

Kleine Kriegspost.

Paris, 8. Jan. Nach Pariser Blättern kündigte der britische Minister des Äußeren in einer Erklärung zur Besetzung des Schiffes „Laquara“ die Intervention Brasilien in Europa an.

Paris, 9. Jan. Der französische General Liss ist an der italienischen Front gefallen.